

# Die ausgebremste Mitte

Von Wolfgang Steiger

Die Mitte der Gesellschaft verliert ihre wirtschaftliche Perspektive. Der bürgerliche Traum – ein Haus, ein Auto, zwei Kinder, ein Jahresurlaub, und das mit eineinhalb Arbeitsplätzen finanziert – scheint ausgeträumt. Deutlich wird das Problem bei der Betrachtung des Hauspreisindex im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoeinkommen. Während sich die Immobilienpreise in den vergangenen zwanzig Jahren verdoppelten, stieg das Durchschnittsnettoeinkommen um nominal nur 52 Prozent.

Während es für eine Familie mit mittlerem Einkommen früher selbstverständlich war, eigene vier Wände zu bauen, ist dies heute oft eine Utopie, die nur mithilfe der Eltern und Großeltern Realität werden kann. Wer keine gut situierte Verwandtschaft hat, hat das Nachsehen beim Aufbau eigenen Vermögens. Durch stetige Mietzahlungen bleibt vom verfügbaren Einkommen zu wenig übrig, um eigenen Wohlstand oder gar ein Vermögen aufzubauen. So spaltet sich die Gesellschaft auch in jene, die unterfüttert von der Leistung der Vorfahren leben, und solche, die nichts mehr selbst aufbauen können.

Kurz gedachte Umverteilungsphantasien von links befeuern das Problem weiter, denn der Staat verliert die Wünsche und Bedürfnisse der breiten Bevölkerung aus dem Blick. Pfund zum Wuchern auf dem demokratischen Wochenmarkt sind immer mehr Partikularinteressen und Zu-

wendungen für vermeintlich statische, untere Einkommensgruppen, denen ein noch nie gekanntes Polster geschaffen wird. Anreize, das vom Gemeinwesen aufgestellte Netz nach unten nicht als Hängematte zu missbrauchen, werden durch linke Verteilungspolitik zu gerne abgebaut. Gleichzeitig fließt das Geld der Steuerzahler aus der Gießkanne auch in Ecken, die kaum unter finanzieller Trockenheit litten.

Leidtragend ist die immer stärker belastete Mitte der Gesellschaft. Während die Beiträge zur Sozialversicherung seit 1970 von 26,5 Prozent auf aktuell 40,4 Prozent geklettert sind, stiegen die Ausgaben für soziale Wohltaten allein beim Bund auf mittlerweile 166 Milliarden Euro – 35 Prozent des Haushaltes. Menschen mit kleinen Einkommen ist aber nicht geholfen, wenn sie besonders freundlich verteilte Almosen empfangen, sondern nur, wenn sie sich mit eigener Hände Arbeit verdienten Wohlstand erwirtschaften können. Das steigert im Gegensatz zu Sozialleistungen auch das persönliche Selbstbewusstsein. Gleichzeitig versagt der Wohlfahrtsstaat bei den Steuerzahlern, wo er mit 40,8 Prozent Abgabenlast fleißige Menschen vor den Kopf stößt. Zurück bleibt eine doppelt demotivierte Bevölkerung, der der Anreiz zur eigenen Leistung genommen wurde.

Aber nicht nur die Einkommen leiden unter der staatlichen Last, obendrauf werden wichtige Güter, die Wohlstand überhaupt erst ermöglichen, wegen teurer Eingriffe immer unerschwinglicher. Kaum bezahlbare Häuser, deren Kosten aufgrund von immer neuen Bauvorschriften und Klimasiegeln ununterbrochen steigen, treffen auf vermeintlich alterna-

tivlose Elektroautos, die den durchschnittlichen Neuwagenpreis in Deutschland allein im vergangenen Jahr um über 13 Prozent angehoben haben. Die Ampelkoalition hat in ihrem

aktuellen politisch-ideologischen Instrumentenkasten kein Werkzeug, das helfen könnte, der aktuellen Krise der Mitte Herr zu werden. Ganz im Gegenteil: Die vom Bundeswirtschaftsminister verfolgte „Mission“, dass der Staat die Wirtschaft leiten müsse, verfestigt das Problem mit ihrer kleinteilig-marktfremden Regelungswut nur weiter. Mit staatsgläubigen Philosophien aus der Feder einer Mariana Mazzucato kann aber weder Aufstieg des Einzelnen noch „Wohlstand für alle“ im Sinne Ludwig Erhards wieder zur Realität werden.

In der politischen Debatte sind jene Stimmen zu leise, die sich als Interessenvertreter der gesellschaftlichen Mitte verstehen, die ihre Sozialpolitik nicht

auf Kleingruppen fokussieren, sondern auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern und wirklich Bedürftigen. Wo die Forderung nach steuerlicher Entlastung der Mittelschicht nicht direkt mit dem Verweis auf die Kosten des einen oder anderen sozialpolitischen Bonbons abgeblockt wird. Über viele Jahre war die CDU diese Stimme in der Debatte. Doch im Laufe der Regierungszeit von Angela Merkel und von vielen Krisen hatte sich auch in ihr der Irrglaube an den guten interventionistischen Staat breiter gemacht, als für sie programmatisch und unser Land gesund war.

Der Prozess der notwendigen Neuaufstellung an der Spitze der Union ist nicht abgeschlossen. Deutschland spricht in den vergangenen Wochen über steuerfreie Überstunden, Entlastung von Familien, auch von Vergünstigungen bei der Mehrwertsteuer. Es ist die Rückkehr einer umsetzbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Alternative zu Umverteilung und Gießkannenpolitik. Deutschland braucht eine realistische Perspektive, wie Wohlstand keine Frage des Erbens mehr ist, sondern wieder das reguläre Ergebnis der eigenen Leistung wird. Es liegt an den bürgerlichen Parteien, sie zu liefern. Dann werden sie auch wieder große Wahlerfolge feiern.

**Wolfgang Steiger** ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e. V.